

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-



Anzeiger

Amtsblatt für die Amtshauptmannschaft Flöha und die Behörden in Frankenberg

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Rohberg in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von C. G. Rohberg in Frankenberg i. Sa.

Nr. 267

Freitag den 15. November 1918

77. Jahrgang

Aufruf!

An die Gemeindebehörden und Bewohner des amtsaufmannschaftlichen Bezirks Flöha.

Der Arbeiter- und Soldatenrat, der sich für den Kommunalverband Flöha gebildet hat, hat mir erklärt, daß die öffentliche Gewalt für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Flöha in seine Hände übergegangen sei.

Er hat an mich das Ansuchen gestellt, darauf hinzuwirken, daß die Amtshauptmannschaft Flöha in den bisherigen Kompetenzen der Amtshauptmannschaft Flöha nicht geändert werden, und eine Einmischung seitens des Arbeiter- und Soldatenrates in den inneren Dienstbetrieb solle nicht stattfinden. Nur müsse sich der Arbeiter- und Soldatenrat eine Mitwirkung bei gewissen mit der Lebensmittelversorgung zusammenhängenden Angelegenheiten und in den Gemeinden insbesondere den Ausbau beziehender wesentlich die Errichtung neuer Ernährungsausbüschüsse vorbehalten. Weiter müsse der Arbeiter- und Soldatenrat voraussetzen, daß von Seiten der Amtshauptmannschaft Flöha nicht eine abschließliche böswillige Durchkreuzung allgemeiner Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates stattfinde.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat mir zugesichert, daß er für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Bezirk streng besorgt sein werde, wie er auch alles daran setzen werde, daß hinsichtlich der Versorgung mit Lebensmitteln, Kohlen usw. Stockungen nicht eintreten.

Im Interesse der Allgemeinheit habe ich mit meinen idamten Beamten bez. den Beamten des Kommunalverbandes die Weiterführung der Amtsgeschäfte zugezogen.

Den Gemeindebehörden des Bezirks und der gesamten Bevölkerung des Kommunalverbandes gebe ich dieses mit dem Hinweise bekannt, daß die Gemeindebehörden und auf sonst mit der Lebensmittelversorgung befassten Stellen und Einzelpersonen in gleicher Weise wie bisher keinen Anstandungen als Amtshauptmann und Vorsitzende des Kommunalverbandes nachzukommen haben. Im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung und einer gesicherten Ernährung der Bevölkerung erwarte ich, daß alle diese Stellen ihre Pflichten in gleicher Weise wie bisher erfüllen.

Besonders mache ich noch darauf aufmerksam, daß wie zunächst alle Gesetze, so auch insbesondere alle mit der Lebensmittelversorgung zusammenhängenden Verordnungen und Vorschriften nach wie vor Gültigkeit haben und Übertretungen dieser Verordnungen und Vorschriften, deren peinlichste Einhaltung im gegenwärtigen Augenblick mehr denn je geboten ist, die strengste Bestrafung finden werden.

Die Bewohnerchaft des amtsaufmannschaftlichen Bezirks beziehentlich des Kommunalverbandes bitte ich dringend, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren. Gewaltsame Ausschreitungen werden strengstens geahndet werden.

Die Exekutive Beamten, Gendarmerie sowohl wie Ortspolizei, behalten ihre Besugnisse wie bisher.

Flöha, den 13. November 1918.

Der Amtshauptmann und Vorsitzende des Kommunalverbandes.

Dr. Edelmann.

Gegengezeichnet Arbeiter- und Soldatenrat Flöha.

Bernhard Vogel.

Verkauf von Schleien und Karpfen

Freitag, den 15. ds. Mon., an die Bewohner des 2. Brodkartenbezirkes Nr. 201 bis 900 bei Mälzer und Grubel.

Auf einen Haushalt bis drei Röpfen entfällt ein Pfund, von vier bis sechs Röpfen zwei Pfund, von sieben und mehr Röpfen drei Pfund.

Preise: Schleie 3.00 Mark, Karpfen 3.20 Mark für das Pfund.

Geldz. sind mitzubringen. — Die Ausweisurkarte ist vorzulegen, worauf die Belieferung anumreihen ist.

Stadtamt Frankenberg, den 14. November 1918.

Der Thronverzicht des Königs

zu Dresden, 13. 11. Dem vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat in Groß-Dresden ging jedoch folgendes Schreiben zu:

Dresden, 13. November 1918. An den Arbeiter- und Soldatenrat, Dresden, Ständehaus. Auf die heute früh an Seine Exzellenz den Herrn Finanzminister gerichtete Anfrage teile ich mit, daß Seine Majestät der König auf den Thron verzichtet hat. Gleichzeitig hat Seine Majestät alle Offiziere, Beamten, Geistlichen und Lehrer von dem ihm gezeiteten Treueid entbunden und sie gebeten, im Interesse des Vaterlandes auch unter den veränderten Verhältnissen ihren Dienst weiter zu tun.

Der Minister des Innern. Dr. Koch.

* 830 Jahre haben die Wettiner das Sachsenreich regiert und zum Teil sehr große und hervorragende Persönlichkeiten gestellt. Das Haus der Wettiner war wohl das älteste Herrscherhaus der Welt. Doch es geht von der roten Füte mit hinweggewischt wurde, ist ein weitgeschicklicher Vorgang, der wohl so kommen mußte, den aufzuhalten niemand mehr in der Lage war, als die heranbrausende Strömung richtig erkannt wurde. Selbst den Leitern der Bewegung ist die ganze Umdrehung wohl überraschend gekommen. Aber wie König Friedrich August vom Thron stieg, wie er die Reihe der Herrscher aus dem großen Geschlecht der Wettiner schloß, das ist menschlich so wohltuend und von so schöpferischer Größe, daß die Sachsen ihm dankbar sein müssen und die Geschichte ihm besondere Lob geben wird. Der leichte Regierungssatz des Königs: Entbindung der Offiziere und Beamten von diesem Eide, damit sie ohne Gewissensbisse ihr Verhältnis zu der neuen Staatsordnung und den neuen Gewalten regeln können, wird von allen bekannten Kreisen mit Befriedigung aufgenommen werden. Weitere Pflichten dem Staatsbürgertum heute auferlegt sind, das ergibt sich ja klar aus der ganzen Lage. Nachdem die neuen Gewalten die Willensabfuhr erkannt haben, die Umgestaltung des Staates in geordneten Rahmen zu halten und nach der Zeit des inneren Aufbaues der neuen Regierung auch als Rechtsgelehrte des alten Staats-

wesens und demokratische Freiheiten für den Bürger zu geben, ist es ein dringendes Erfordernis der Volkswohlfahrt, alles zu vermeiden, was zu Störungen der öffentlichen Ordnung führen könnte. Die Inhaber der neuen Gewalt haben vor aller Welt die Verantwortung für ihre Reformarbeit übernommen, und wenn sie dabei Verständnis für das Maß ihrer städtischen Pflichten gegenüber dem Volke in seiner Gesamtheit und gegenüber den einzelnen Bürgern zeigen, wenn sie die ihnen zur Verfügung stehenden Machtmittel in voller Geschäftigkeit gebrauchen, dürfen sie der Unterstützung aller wohlmeindenden Kreise gewiß sein, die zwar ihre Überzeugungen nicht von einem Tage zum andern umstellen können, die aber den redblichen Willen haben, alles zu tun, was dem Ganzen und seinen Teilen nützt, und alles zu vermeiden, was ihnen schaden könnte.

Für diese Auffassung, so schreibt der „Dresdner Anz.“, hat König Friedrich August Verständnis gehabt, wie er auch mit seiner leichten Regierungshandlung bewies. Durch diese persönliche Uneigennützigkeit des Denkens hat er freilich nur die Meinung bestärkt, die sich über diesen auf hoher Stellungslinie und einfach denkenden Mann gebildet hat. Der leiche König von Sachsen stand in seinen Lebensanschauungen und in seinen Neigungen dem demokratischen Wesen schon nahe. Ihm war seine Sstellung ein Amt, das er sicher nicht begehrte hätte, wenn es ihm nicht nach den geltenden Bestimmungen zugefallen wäre. Er hat immer nur die Dienstpflichten dieses Amtes nach bestem Wissen und Können erfüllt, aber die Ehrengerechte und die Würde des Königtums niemals stark betont, jedenfalls niemals härter, als notwendig war. Wir möchten glauben, daß es auch seinem schlichten Wesen zu danken ist, wenn sich die Umwälzung in Sachsen in so glatter, fast geschäftsmäßiger Weise vollzogen hat, und es ist wohl die schöne Anerkennung, zugleich vielleicht das schönste persönliche Bewußtsein, daß ihm keine gehässige oder sonst ablehnende Bejähnung nachfolgt. Durch die Freisetzung der Gewissensentschuldigungen und durch die Bitte an die Beamten, den Dienst „zum Wohle des Vaterlandes auch unter den veränderten Verhältnissen weiterzutun“, hat er sich an seinem letzten Regierungstage zum Mittler zwischen der alten und der neuen Zeit gemacht. Es wurde schon in vorheriger Woche, wo-

die Ereignisse der historischen Nacht vom Freitag zum Samstag auch nur geahnt werden konnten, verbürgt erzählt, daß ihm angeboten worden war, die Schlosswachen zu verstärken. Er lehnte es ab mit den Schlüchten und fast ergreifenden Worten: „Wenn die Sachsen glauben, ohne mich glücklicher zu sein, dann will ich ihnen nicht im Wege stehen. Von diesem Geiste, von dieser menschlichen Weisheit zeugt die leichte Regierungshandlung, die kleinen Abstandnahmen begleitete, und so nimmt er aus seiner Regierungszeit auch etwas mit in sein neues Leben, das ihn vielleicht mehr ziert als das Gold einer Krone: das Gefühl, daß — wenn sein Amt auch nicht mehr mit dem Geiste der neuen Zeit übereinstimmt — seine Persönlichkeit doch dem Herzen der Sachsen teuer war und bleiben wird, und daß er wohl als König Gegner, aber nicht als Mensch Feinde gehabt hat.“

Die Waffenstillstandsverhandlungen

zu Hooch, 13. 11. Im „Eto de Paris“ gibt Guin Einzelheiten über die Verhandlungen, die der Unterzeichnung des Waffenstillstandes vorausgegangen sind. Die deutsche Kommission wurde drahtlos davon in Kenntnis gebracht, daß die Ankunft zweier Kuriere bevorstehe und daß einzelne kleine Veränderungen in den Bedingungen gewünscht würden. Der Gedanken austausch war sehr lebhaft, wurde aber doch sachlich geführt. Die Verhandlungen zwischen Foch und Bismarck und der deutschen Delegation fanden im Salonswagen Fochs statt, der bei Reichendorf stand. Sie dauerten von 1 Uhr nachts bis morgens 5 Uhr. Die deutsche Delegation zielte eine große Selbstbeherrschung und verlangte, daß einzige Punkte besondere Härten genommen würden. Es wurden 20 Abänderungen erzielt. Den Herren wurde entgegengestellt, daß Bismarck Frankreich auch härtere Bedingungen aufgezeigt hätte und daß die damals hätten ebenfalls angenommen werden müssen. Es wurde vor allen Dingen verlangt, daß die deutschen Heere möglichst schnell über das linke Rheinufer gedrängt werden. Erzberger unterzeichnete dann standhaft die Bedingungen, während General von Winterfeldt meinte,

193 95

Der Waffenstillstand zur See

s Wilhelmshaven, 13. 11. Der Kleine Kreuzer „Königsberg“ ist um 1 Uhr mittags mit den Bevölkerungsmächtigen des Arbeiter- und Soldatenrates der Flotte zur Zusammenkunft mit Vertretern der englischen Admirälerität in See gegangen. Den Vertretern ist eine Vollmacht mitgegeben worden, in der es heißt: Der Arbeiter- und Soldatenrat der Nordseeflotte und der Flotte erhebt hiermit dem Obermatrosen Wilhelm Mengora, dem Oberleutermann Alfred Jans und dem Torpedobootsmachinisten Mohrmann die Vollmacht, im Namen des Arbeiter- und Soldatenrates der Nordseeflotte, dem sich die Flotte unterstellt hat, an den Beratungen über die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen teilzunehmen und Verträge abzuschließen. Unterzeichnet ist die Vollmacht von dem Präsidenten der Republik Oldenburg-Ostfriesland, Bernhard Ruhn, und dem Chef der Hochseestreitkräfte von Hipper. v. Hipper nimmt nur als sachmännischer Berater an den Verhandlungen teil, während das ausführende Organ der Arbeiter- und Soldatenrat ist.

Welche Kriegsschiffe England verlangt

s Berlin, 13. 11. Für Jäger 13 der Waffenstillstandsbedingungen (Internierung deutscher Kriegsschiffe in neutralen Häfen oder Hafen der verbündeten Mächte) sind von England zunächst folgende Schiffe namhaft gemacht: „Bayern“, „Röhrig“, „Großer Kurfürst“, „Kronprinz Wilhelm“, „Markgraf“, „Friedrich der Große“, „König Albert“, „Kaiserin“, „Kaiser“, „Prinzregent Luitpold“, „Hindenburg“, „Dresdner“, „Sachsen“, „Sachsen“, „Wölfe“, „von der Tann“, „Brummer“, „Bremen“, „Röhrig“, „Dresden“, „Emden“, „Frankfurt“, „Wiesbaden“, 50 moderne Zerstörer. Die Abfahrt muss bis zum 18. November 5 Uhr nachmittags erfolgen. Das Ziel ist noch nicht bekannt. Die Schiffe sollen mit reduzierter Bewaffnung fahren und ohne Munition.

s Wilhelmshaven, 13. 11. Heute nacht hat durch Funkspruch der Chef der englischen Flotte dem Chef der Hochseestreitkräfte Anweisung gegeben, sich mit einem Kreuzer an einer bestimmten Stelle einzufinden, um Besprechungen zur Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen aufzunehmen.

Hinweg mit deutschem Selbstbetrug

Die „Röhrig, Jäg.“ tritt energisch den Gerüchten entgegen, die vom Uebergreifen der Umflurbewegung auf feindliche Länder wissen wollen. Hinweg mit deutschem Selbstbetrug! In siegreichen Ländern ist wenig Boden für eine springen kann. Hinweg auch mit der leidenschaftlichen Ansicht, umflurbreiter Bewegung. Wir sehen im Gegenteil, daß der gefährliche Funke eher noch auf die neutralen Länder übergeht, der Verband die Hungerblöße nicht weiter bestehen lasse. Fragt man, wie der Zusammenbruch unserer moralischen Front geschehen konnte, so muß man antworten, daß unser Volk in allzu große Hoffnungen teils sich selbst eingewiegt hatte, teils eingewiegt wurde, und daß der Sturz aus der Sonnenhöhe des Glücks zu jäh war, als daß die Nerven hätten ruhig bleiben können.

Demokratie oder Diktatur?

Das Leipziger Organ der alten sozialdemokratischen Partei, die „Freie Presse“, schreibt:

„Die Leiter der Revolution im Reiche, die sich parlamentarisch zusammensezten, sind bestrebt, auch das Bürgertum an den praktischen und notwendigen Arbeiten in der neu erstandenen Republik zu interessieren. In Leipzig denken die zurzeit an der Macht befindlichen Personen anders. Sie denken nicht daran, Vertreter auch des Bürgertums hinzuzuziehen, ja, sie weigern sich sogar, Vertreter des sozialdemokratischen Parteibetriebs und der im Gemeinschaftsbau organisierten Gewerkschaften zuzulassen. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß nur die Vertreter der unabhängigen sozialdemokratischen Partei berechtigt sein sollen, die Regierungsgeschäfte zu führen. Wir haben deshalb die Frage aufgeworfen: Demokratie oder Diktatur? Die Antwort ergibt sich von selbst, sie lautet: Diktatur. Hieraus aber erwächst eine große Gefahr für die Errungenschaften der Revolution. Schon macht sich in bürgerlichen Kreisen Leipzigs und ihrer Presse eine Opposition geltend, die um so stärker werden wird, je stärker die der unabhängigen sozialdemokratischen Partei angehörenden Machthaber an ihrem Standpunkt festhalten. Es ergibt sich die Tatsache, daß in Leipzig die Unabhängige Partei allein herrschen und weder die alte sozialdemokratische Partei noch die Gewerkschaften als gleichberechtigt anerkennen will. Lediglich eine untergeordnete Tätigkeit unter der Leitung der Unabhängigen wird — vielleicht — gnädigst zugelassen. Unsere Partei muß deshalb von unseren Gelegenheiten, an die etwa ein Ruf zur Mitarbeit ergehen sollen, verzögern, daß sie nicht ohne Zustimmung der Partei einen Posten übernehmen. Unsere Partei muß anderfalls jede Verantwortung dafür ablehnen. Die Verantwortung hat lediglich die unabhängige sozialdemokratische Partei Leipzigs zu tragen, die eine Ausnahmestellung in Deutschland einnimmt und sich lediglich auf ihre Machstellung am Orte stützt. Dass daraus Gefahren für die Revolution entstehen könnte, liegt nahe.“

Die Entente gegen den Bolschewismus

Das „Berliner Tagblatt“ bestätigt, daß eine umfassende militärische Aktion der Entente gegen den Bolschewismus vorstehe. Amerika hat bereits Österreich-Ungarn vor Surzem wissen lassen, daß die Entente entsprechende Maßregeln ergriffen würde, um den Ausbruch einer bolschewistischen Bewegung in Österreich und Deutschland zu verhindern. Es verstehtet, daß sich die Kräfte der Entente nach der Überwindung der Zentralmächte gegen den Bolschewismus, wo immer er auch auftreten dürfte, wenden und durch die Erförderung seiner Herde im Osten die Weltmächte selbst vor einem Uebergreifen der Bewegung auf ihr eigenes Gebiet schützen werden.

Das „Berliner Tagblatt“ berichtet weiter, daß man eine militärische Intervention der Westmächte gegenüber der Schweiz wohl erwarten müsse, nachdem auch in der Schweiz die bolschewistischen Bestrebungen an Umfang zunehmen und damit zugleich die Unabhängigkeit der Schweiz gefährden. Die Entente scheint entschlossen, auch in neutrale Länder einzumarschieren, um den Bolschewismus niederzulämpfen.

Aufruf an die Landwirte

Der Kriegsausschuss der deutschen Landwirtschaft erläutert an die landwirtschaftlichen Gewerkschaften Deutschlands folgenden Aufruf:

Die Ernährung des deutschen Volkes ist aufs schwerste gefährdet, wenn Unruhen auf dem Lande ausbrechen. Ihre Aufrechterhaltung stehen schon jetzt die größten Schwierigkeiten entgegen. Sie werden bei Eintreten der Demobilisierung und

bei Rückkehr der Truppen in außergewöhnlichem Maße sich noch steigern. Es ist jetzt oberste Pflicht aller Behörden wie aller Teile der Bevölkerung, unsere Ernährungswirtschaft zu gunsten des Volkganzen im vollen Umfang aufrechtzuerhalten. Jede Störung der Ordnung auf dem Lande muß mit allen Mitteln verhindert werden. Soll die Landwirtschaft leistungsfähig bleiben, so muß die Sicherung ihrer Betriebe voll gewährleistet werden. Diese Aufgabe fällt in erster Linie den Behörden zu; sie kann aber nur erfolgreich durchgeführt werden, wenn auch die Landwirtschaft selbst durch sofortige Bildung von Orts- und Gemeindeausschüssen für den nötigen Schutz ihrer Betriebe und der geregelten Lieferung sowie für die tatkräftige Abwehr aller eigenmächtigen Eingriffe in dieselben sorgt. Jedes Zusammentreffen kann verhängnisvoll werden. Wir fordern deshalb die landwirtschaftliche Bevölkerung auf, sofort mit der Bildung solcher Orts- und Gemeindeausschüsse vorzugehen. Diese Ausschüsse müssen gebildet werden von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Sie müssen getragen sein von dem Vertrauen aller ländlichen Kreise; sie dienen keiner Sonderorganisation und treten außer Wirtschaft, sobald die derzeitige Lage beendet ist. Auch die Zusage von Vertretern der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung ist dringend erwünscht.

Die Orts- oder Gemeindeausschüsse haben bei der ausgiebigen Erfassung der für die Gemeinschaft erforderlichen Voraussetzung, wie besonders auf, bei der nachdrücklichen Bekämpfung des unheilvollen Schlechthandels mitzuwirken. Sie sollen auch dafür Sorge tragen, daß die landwirtschaftlichen Betriebe, die zurzeit ohne Leiter sind, zum Zweck ordnungsgemäher Weiterführung der Wirtschaft beraten und unterstützt werden. Sie sollen gleichzeitig eine Hilfsorganisation bilden zum Schutz der Personen und zur Sicherung des Eigentums. Sie sollen auch nach der Rückkehr der Truppen bei Lohnstreitigkeiten und bei Fragen, die das Arbeitsverhältnis betreffen, eine ausgleichende Tätigkeit entfalten.

Bei der Begründung dieser Ausschüsse wird man sich selbstverständlich, soweit die Arbeitgeber in Frage kommen, in erster Linie mit an diejenigen Männer zu halten haben, die jetzt schon in den bestehenden landwirtschaftlichen Organisationen, insbesondere in den Genossenschaften und landwirtschaftlichen Vereinen, führend tätig sind. Die Herausbildung der Vertreter aus den Arbeitnehmerkreisen wird am besten diesen selbst zu überlassen sein, um auch den Anschein zu vermeiden, als ob von Seiten der Arbeitgeber ein unzulässiger Einfluß herbei ausgeübt werden könnte.

Wir richten diesen Appell an die berufenen Vertretungen der deutschen Landwirtschaft in den einzelnen Bundesstaaten und Provinzen mit der dringenden Bitte, mit Rücksicht auf den schweren Ernst der Lage mit größter Beschleunigung an die Ausführung dieser Maßnahmen heranzutreten und auf dem Lande auf solche Weise einen ausgebreiteten Wohlfahrts- und Ordnungsdienst zu organisieren. Die landwirtschaftlichen Vertretungen werden an ihre Einzelregierungen bzw. provinzialen Verwaltungen heranzutreten haben mit dem Erwußen, diesen aus der Mitte der Landwirtschaft freiwillig hervorgehenden Einrichtungen weitestgehende Unterstützung im Interesse der Allgemeinheit zuteil werden zu lassen.

Dass bei Bildung der Orts- bzw. Gemeindeausschüsse auf besondere lokale Verhältnisse entsprechend Rücksicht zu nehmen ist, braucht nicht besonders ausgeführt zu werden.

Es darf angenommen werden, daß das Kriegsernährungsamt die Errichtung derartiger Orts- oder Gemeindeausschüsse für durchaus zweckmäßig und notwendig erachtet und daß es sich weitestgehend bei der Regelung der Ernährungswirtschaft der Mitarbeit dieser Ausschüsse bedienen wird.

Weitgehende Ziele

Die Beauftragten der A.- und S.-Räte von Dresden, Leipzig und Chemnitz veröffentlichen folgenden Aufruf:

Am das sächsische Volk!

Das kapitalistische System hat seinen Zusammenbruch erlebt. Die bürgerlich-monarchische Regierung ist gestürzt. Die revolutionäre Proletarientat hat die öffentliche Gewalt übernommen. Sein Ziel ist die sozialistische Republik. Verwirklichung des Sozialismus heißt Verwandlung der kapitalistischen Produktion in gesellschaftliche, Enteignung des Privatbesitzes von Grund und Boden, Berg- und Hüttenwerken, Banken, Rohstoffen, Maschinen, Verkehrsmitteln usw., Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, Übernahme der Produktion durch das Proletariat. Aufgabe der sozialistischen Regierung muß sein, die Revolution fortzuführen und zu steigern bis zur vollen Überwindung der bürgerlichen Klasse. Verwirklichung der Republik heißt absolute Herrschaft des Willens der Arbeitersklasse, Belebung der Rente in jeder Form, allgemeine Volksbewaffnung zum Schutz der revolutionären Errungenschaften, Abschaffung aller Art arbeitsloser Einkommen, Trennung der Kirche vom Staat, Ablösung der bürgerlichen Gerichte usw. Der sächsischen Republik fällt die besondere Aufgabe zu, die Liquidation des sächsischen Staates herbeizuführen, um die einheitliche sozialistische Reichsrepublik zur Tatsache zu machen.

Die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte von Dresden, Leipzig und Chemnitz.

Lipinski, Geyer, Seeger, Schwarz, Neuring, Rühle, Heder, Fellisch, Meizer.

Korpabefehl

z. Dem Oberabsatzarzt des Unterkommandantur Dresden, Sanitätsrat Dr. Burchard, wird Vollmacht erteilt, die zur Sicherstellung der Unterbringung und Versorgung der im Korpabefehl eintreffenden verwundeten und stanzen Heeresangestellten eiserner Anordnungen zu treffen. Seinen Anordnungen auf Freigabe von geeigneten Gebäuden, Kasernen usw. zu dem Zwecke der Unterbringung ist unbedingt Folge zu leisten.

Leipzig, den 13. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldaten-Rat 19. A.R.

Geschwadnert

z. Zur Ergänzung des gewöhnlichen Korpabefehles wird verfügt:

1. In jeder Kompanie oder den der Kompanie gleichstehenden Formationen (z. B. Biedelazarett, Räuberdelelazarett usw.) wird, soweit es noch nicht geschah, der Soldaten-Rat durch geheimen Wahl gewählt. Er besteht aus zwei Mitgliedern und einem Führer als Vorsitzenden.

2. Unter diesem Soldaten-Rat haben die bisherigen Kompaniehüter, Offiziere, Feldwebel und Unteroffiziere ihre Arbeit fortzuführen.

3. In jedem Bataillon und den dem Bataillon gleichgestellten Formationen wird von dem zu Punkt 1 erwähnten Soldaten-Rat aus seiner Mitte heraus ein Soldaten-Rat von drei Personen, von denen einer Vorsitzender ist, bestimmt. Die Führung des Bataillons erfolgt unter diesem Bataillons-Soldaten-Rat durch die bisherigen Vorgesetzten.

4. Folgende dem Generalkommando unterstellten Formationen wählen je einen Vertreter aus ihrem Mannschaftsstab, der in die Leitung der betreffenden Stellen einzutreten hat.

Art.-Inspektion, Landst.-Inspektion, Hauptm. d. Kraft. Tr., Kommand. u. d. Et.-Mach.-Gew.-Tr. 47. u. 89. Brigade.

5. Beschwerden sind beim zuständigen Soldaten-Rat einzubringen und zu prüfen. Sämtliche Bedieng. und Anordnungen

sind den zuständigen Soldaten-Räten vorzulegen und von einem der selben genehmigt zu sein.

6. Leute unter 20 Jahren sind nicht in den Soldaten-Rat zu wählen.

7. Die vom Arbeiter- und Soldaten-Rat 19. A.R. erlassenen Dienstbefehle sind durch die untergeordneten Dienststellen unbedingt durchzuführen.

Der Arbeiter- und Soldaten-Rat 19. A.R.

Geschwadnert. Rich. Rohrl.

Verhandlungen der neuen Machthaber mit dem Gesamtministerium

s Dresden, 13. 11. Der erste junge Freiheitsrausch ist zerstört, man hat erkannt, daß unser heutiges Staats- und Wirtschaftsleben zu kompliziert ist, um das Alte einfach beiseite zu schieben, zumal in so komplizierter und gefährlicher Lage, wo alle Probleme der Demobilisierung und der Überleitung von der Kriegs- in die Friedewirtschaft noch ihrer Lösung harren. Deshalb sind, wie wir erfahren, seit gestern Verhandlungen mit dem Gesamtministerium im Gange, es wieder zur Mitarbeit zu bewegen. Das Gesamtministerium hat seine Bereitswilligkeit an die Annahme verschiedener Bedingungen geknüpft, über die bis auf einen Punkt Einigung erzielt ist. Über diesen wird noch weiter verhandelt, und es soll Ausicht vorhanden sein, daß bis morgen eine Verständigung gefunden wird.

Einschränkung der Befugnisse der A.- und S.-Räte

(Amtlich.) **s Berlin, 13. 11.** Aus Unzufriedenheit mehrerer Einzelfälle hat die Reichsregierung entschieden, daß Arbeiter- und Soldatenräte nicht befugt sind, Zahlungen aus Regierungskassen und Kreiskassen einzusehen und zu erheben. Ebenso sind die Arbeiter- und Soldatenräte nicht befugt, bis herige Gebühren selbständig zu erhöhen.

Reine Note Garde

s Berlin, 13. 11. Der Vollzugsausschuss der Arbeiter- und Soldatenräte hat beschlossen, die Bildung einer Noten-Garde vorläufig einzustellen, da die Truppen sich bereits erklärt zu schließen, um so komplizierter und gefährlicher Lage, wo alle Probleme der Demobilisierung und der Überleitung von der Kriegs- in die Friedewirtschaft noch ihrer Lösung harren. Deshalb sind, wie wir erfahren, seit gestern Verhandlungen mit dem Gesamtministerium im Gange, es wieder zur Mitarbeit zu bewegen. Das Gesamtministerium hat seine Bereitswilligkeit an die Annahme verschiedener Bedingungen geknüpft, über die bis auf einen Punkt Einigung erzielt ist. Über diesen wird noch weiter verhandelt, und es soll Ausicht vorhanden sein, daß bis morgen eine Verständigung gefunden wird.

s Dresden, 13. 11. Der Vollzugsausschuss der Arbeiter- und Soldatenräte hat beschlossen, die Bildung einer Noten-Garde vorläufig einzustellen, da die Truppen sich bereits erklärt zu schließen, um so komplizierter und gefährlicher Lage, wo alle Probleme der Demobilisierung und der Überleitung von der Kriegs- in die Friedewirtschaft noch ihrer Lösung harren. Deshalb sind, wie wir erfahren, seit gestern Verhandlungen mit dem Gesamtministerium im Gange, es wieder zur Mitarbeit zu bewegen. Das Gesamtministerium hat seine Bereitswilligkeit an die Annahme verschiedener Bedingungen geknüpft, über die bis auf einen Punkt Einigung erzielt ist. Über diesen wird noch weiter verhandelt, und es soll Ausicht vorhanden sein, daß bis morgen eine Verständigung gefunden wird.

s Berlin, 13. 11. Der Vorsitz der Noten-Garde vorläufig einzustellen, da die Truppen sich bereits erklärt zu schließen, um so komplizierter und gefährlicher Lage, wo alle Probleme der Demobilisierung und der Überleitung von der Kriegs- in die Friedewirtschaft noch ihrer Lösung harren. Deshalb sind, wie wir erfahren, seit gestern Verhandlungen mit dem Gesamtministerium im Gange, es wieder zur Mitarbeit zu bewegen. Das Gesamtministerium hat seine Bereitswilligkeit an die Annahme verschiedener Bedingungen geknüpft, über die bis auf einen Punkt Einigung erzielt ist. Über diesen wird noch weiter verhandelt, und es soll Ausicht vorhanden sein, daß bis morgen eine Verständigung gefunden wird.

s Berlin, 13. 11. Der Vorsitz der Noten-Garde vorläufig einzustellen, da die Truppen sich bereits erklärt zu schließen, um so komplizierter und gefährlicher Lage, wo alle Probleme der Demobilisierung und der Überleitung von der Kriegs- in die Friedewirtschaft noch ihrer Lösung harren. Deshalb sind, wie wir erfahren, seit gestern Verhandlungen mit dem Gesamtministerium im Gange, es wieder zur Mitarbeit zu bewegen. Das Gesamtministerium hat seine Bereitswilligkeit an die Annahme verschiedener Bedingungen geknüpft, über die bis auf einen Punkt Einigung erzielt ist. Über diesen wird noch weiter verhandelt, und es soll Ausicht vorhanden sein, daß bis morgen eine Verständigung gefunden wird.

s Berlin, 13. 11. Der Vorsitz der Noten-Garde vorläufig einzustellen, da die Truppen sich bereits erklärt zu schließen, um so komplizierter und gefährlicher Lage, wo alle Probleme der Demobilisierung und der Überleitung von der Kriegs- in die Friedewirtschaft noch ihrer Lösung harren. Deshalb sind, wie wir erfahren, seit gestern Verhandlungen mit dem Gesamtministerium im Gange, es wieder zur Mitarbeit zu bewegen. Das Gesamtministerium hat seine Bereitswilligkeit an die Annahme verschiedener Bedingungen geknüpft, über die bis auf einen Punkt Einigung erzielt ist. Über diesen wird noch weiter verhandelt, und es soll Ausicht vorhanden sein, daß bis morgen eine Verständigung gefunden wird.

s Berlin, 13. 11. Der Vorsitz der Noten-Garde vorläufig einzustellen, da die Truppen sich bereits erklärt zu schließen, um so komplizierter und gefährlicher Lage, wo alle Probleme der Demobilisierung und der Überleitung von der Kriegs- in die Friedewirtschaft noch ihrer Lösung harren. Deshalb sind, wie wir erfahren, seit gestern Verhandlungen mit dem Gesamtministerium im Gange, es wieder zur Mitarbeit zu bewegen. Das Gesamtministerium hat seine Bereitswilligkeit an die Annahme verschiedener Bedingungen geknüpft, über die bis auf einen Punkt Einigung erzielt ist. Über diesen wird noch weiter verhandelt, und es soll Ausicht vorhanden sein, daß bis morgen eine Verständigung gefunden wird.

s Berlin, 13. 11. Der Vorsitz der Noten-Garde vorläufig einzustellen, da die Truppen sich bereits erklärt zu schließen, um so komplizierter und gefährlicher Lage, wo alle Probleme der Demobilisierung und der Überleitung von der Kriegs- in die Friedewirtschaft noch ihrer Lösung harren. Deshalb sind, wie wir erfahren, seit gestern Verhandlungen mit dem Gesamtministerium im Gange, es wieder zur Mitarbeit zu bewegen. Das Gesamtministerium hat seine Bereitswilligkeit an die Annahme verschiedener Bedingungen geknüpft, über die bis auf einen Punkt Einigung erzielt ist. Über diesen wird noch weiter verhandelt, und es soll Ausicht vorhanden sein, daß bis morgen eine Verständigung gefunden wird.

s Berlin, 13. 11. Der Vorsitz der Noten-Garde vorläufig einzustellen, da die Truppen sich bereits erklärt zu schließen, um so komplizierter und gefährlicher Lage, wo alle Probleme der Demobilisierung und der Überleitung von der Kriegs- in die Friedewirtschaft noch ihrer Lösung harren. Deshalb sind, wie wir erfahren, seit gestern Verhandlungen mit dem Gesamtministerium im Gange, es wieder zur Mitarbeit zu bewegen. Das Gesamtministerium hat seine Bereitswilligkeit an die Annahme verschiedener Bedingungen geknüpft, über die bis auf einen Punkt Einigung erzielt ist. Über diesen wird noch weiter verhandelt, und es soll Ausicht vorhanden sein, daß bis morgen eine Ver

eingezogenen, allgemein verstimmen und Vorurteil gegen die Vertreter einer solchen Richtung zur Folge haben müssen.

Der Aufgabenkreis der wirtschaftlichen Demobilisierung
z. Die "Deutsche Allg. Ztg." veröffentlicht folgenden Aufru

an die Arbeiter- und Soldatenräte:

In Berlin ist ein "Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung (Demobilisierungskomitee)" vom Rote der Volksbeauftragten und dem A. u. S. Rat errichtet worden. Seine erste Aufgabe ist, unten aus dem Felde heimkehrenden Brüder aus dem Wege zur Heimat und zu den früheren Arbeitsstätten hinfend zur Seite zu stehen und den aus der Rüstungsindustrie teil werdenden Arbeitern, Arbeitern und Angestellten andere Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Arbeiters- und Soldatenräte: heißt der Zentralrat! Ihre Arbeit ist für den Besitz und unterer Volksregierung entscheidend. Halten auch an die von der Zentralstelle eingeschafften Demobilisierungssorgane, die Demobilisierungskomitee in den Regierungsbezirken und die Demobilisierungsausschüsse in den Stadt- und Landkreisen. Die bisherigen Beschlagnahmen von Rohstoffen müssen zunächst beobachtet bleiben, neue Beschlagnahmen durch die A. u. S. Räte dürfen nicht stattfinden. Sonst ist Verwirrung unvermeidlich; und der Arbeiter kann nicht arbeiten. In der Handelsstadt sind alle Besitzer verpflichtet und bereit, ihre früheren Arbeitnehmer, Arbeitern und Angestellten wieder aufzunehmen, ebenso in den gewerblichen Betrieben, in Industrie und Handwerk, sowohl Rohtstoffe und Betriebsmittel vorhanden sind. Wodurch die Aufnahme unmöglich ist werden die Demobilisierungssorgane durch Rohstoffarbeiter helfen. Wer arbeiten will, soll Arbeit und auskömmlichen Lohn haben. Für alle, die keinen Erwerb finden, wird der Staat sorgen. Die nötigen Geldmittel werden zur Verfügung gestellt werden. Die Erwerbslosenfürsorge ist gesichert. Nur bei ungehörtigem Arbeiten der Demobilisierungssorgane wird es gelingen, allen heimkehrenden und in der Rüstungsindustrie nicht mehr zu beschäftigenden Arbeitern und Angestellten Arbeit zu schaffen. Die werktätige Arbeit aller über ist die Voraussetzung jeder neuen politischen und sozialen Organisation des Volkes. Wer die ordentliche Beschaffung von Arbeit hört, wer die ruhige Demobilisierung hindert, wer die Arbeitsverbindung zwischen Front und Heimat untergräbt, verlässt sich deshalb auf schwere am Volke. Jeder folge daher in Ruhe und Ordnung den notwendigen Demobilisierungsvorrichtungen!

Berlin, 12. Nov. 1918. Ebert, Haase, Roehl.

z. Leipzig, 12. 11. Gestern fanden hier zwei Versammlungen statt, die von den Deutsch-Bürgerlichen, bzw. den Sozialdemokraten einberufen waren. In der Versammlung der Deutsch-Bürgerlichen wandten sich die Redner gegen das Aufgehen in den tschecho-slowakischen Staat, forderten die Provinz Deutsch-Böhmen und den Anschluss Deutsch-Österreichs an das deutsche Reich. In einer sozialdemokratischen Versammlung sprach sich Landeshauptmann-Lieutenant Seigner für Selbstbestimmungsrecht von Deutsch-Böhmen und Anschluss an die deutsche Republik aus.

Bitte Deutsch-Böhmens an die Reichsregierung
z. Reichenberg, 13. 11. Die Landesregierung Deutsch-Böhmens, sich Reichenberg, hat sich mit folgender Dratung an die deutsche Regierung gewandt: Im Hinblick auf die geänderten politischen Verhältnisse, die den baldigen Anschluss Deutsch-Österreichs und damit auch Deutsch-Böhmens an das Deutsche Reich in Aussicht stellen, wendet sich die Landesregierung von Deutsch-Böhmen an den Herrn Reichskanzler mit der bringenden Bitte, unsere Ernährungslage in jeder möglichen Weise zu unterstützen.

25 000 Entente-Soldaten in Prag

z. Wie ein tschechisches Blatt meldet, werden in kürzester Zeit 25 000 Entente-Soldaten in Prag eintreffen.

Deutsch-Westungen fordert Anschluss an Deutsch-Österreich
z. Deutsch-Westungen fordert den Anschluss an Deutsch-Österreich. Es werden große politische Rundgebungen erwartet.

Die Gärung im Auslande

Die Verbündung an der Front

z. Paderborn, 13. 11. Der Arbeiter- und Soldatenrat meldet: Die Besetzungen der heute nachmittag 1 Uhr 30 Minuten von der Front nach hier zurückgekehrten Flugzeuge melden, daß in 10 französischen Schlafengräben vor der belgischen Grenze bis Mons die rote Fahne gehisst ist, und daß die deutschen Truppen sich mit den französischen Truppen verbündet haben.

Foch ermordet?

z. Wie der Bremer "Weserzeitung" aus bester Quelle verschert wird, ist der Ententegeneralissimus Foch ermordet worden. Die Zustände in Frankreich sind unhaltbar.

Die "Weserzeitung" bemerkt hierzu: Die Meldung wurde uns bereits in den Abendstunden des Dienstag gerüchtweise aus Berlin mitgeteilt. Wiederholte Anfragen im Großen Hauptquartier bestätigen uns die Richtigkeit der Nachricht. Zur Stunde haben wir eine amtliche Bestätigung noch nicht erhalten. Auch im Auswärtigen Amt ist noch nichts zu erfahren.

Die Bewegung in Paris

z. Aus Genf wird berichtet: Der "Prestes de Lyon" meldet aus Paris: Der Syndikalistenverband des Seine-departements hat beschlossen, einen Antrag auf Umgestaltung der Verfassung in eine demokratisch-proletarische zu stellen.

Rundgebungen Italiens gegen die Monarchie

z. Zürich wird berichtet: Nach Meldungen von der italienischen Grenze ist in Rom und Mailand infolge der Straßenkundgebungen der Republikaner und Sozialisten für die Abschaffung der Monarchie ein allgemeines Versammlungsverbot erlassen worden.

Zürcher Blätter melden aus Mailand die Bildung von A. und S. Räten in Mailand und Turin.

Holland vor Ausbruch der Revolution

z. Die "A. u. S. R. Ztg." meldet aus Amsterdam: Der Führer der holländischen Sozialdemokratie hat in einer Rede in Rotterdam angekündigt, daß die Revolution in Holland am Freitag oder Samstag ausbrechen werde. Das Amsterdamer "Handelsblad" fordert die Regierung auf, mit Waffengewalt dieser Revolution entgegenzutreten. Wir erfahren, daß es wahrscheinlich dazu zu spät ist, weil die Regierung zu lange gedopt hat, den Oberbefehlshaber abzulösen und die ganze Armee zu demobilisieren.

z. Haag, 12. 11. Nach dem Rott.-Büro teilte der Minister des Innern in der Zweiten Kammer u. a. mit, daß die Verhandlungen Hollands mit der Entente in London gänzlich verlaufen, und daß schon jetzt Schiffe mit Getreide, Öl und Fett nach Holland unterwegs seien. Als Gegenleistung müsse Holland den Alliierten für fünf Jahre einen Kredit von 150 Millionen Gulden zu 5 Prozent einräumen. Störungen der Ordnung in diesem Augenblick würden nur die Verhandlungen schädigen, das Belebtschiffen tödten und Hungersnot zur Folge haben.

z. Amsterdam, 13. 11. Vor dem Palast hielt ein revolutionärer Redner eine Ansprache an das Volk, in welcher er die Menge aufforderte, die Republik aufzurichten zu lassen. Die

Militärwache vor dem Palast ist durch Polizei verstärkt. In Amsterdam sprach in einer der für heute angekündigten Volksversammlungen Treitstra.

z. Amsterdam, 14. 11. In den meisten größeren Orten Hollands fanden gelern in Zusammenhang mit der internationalen Lage Versammlungen statt. In der Hauptstadt kam es zu größeren Kundgebungen der sozialistischen, sowie der revolutionären Partei. Bereits am Nachmittag zogen Bürger zusammen mit Soldaten, die sich von ihren Truppenteilen entfernt hatten, mit Waffn und unter Vorantragung einer roten Fahne durch die Straßen.

Politische Nachrichten

Zwei fortschrittliche Staatssekretäre

z. Wie das "Berl. Tagebl." hört, hat die sozialistische Regierung dem fortschrittlichen Abgeordneten Justizrat Dr. Waldstein die Leitung des Reichsjustizamtes und dem ehemaligen Staatssekretär Dr. Dernburg die Leitung des Reichsgerichts angeboten. Die beiden befragten Persönlichkeiten haben sich ihre Entscheidung vorbehalten.

Täglich sind 16 Kilometer zu räumen

z. Haag, 14. 11. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die Alliierten in ihren jetzigen Stellungen noch drei Tage verbleiben. Vom dritten Tage ab werden sie täglich 16 Kilometer vordringen. Die Deutschen müssen also täglich 16 Kilometer läufen. Daraus ergibt sich, daß die Alliierten am Sonntag in Brüssel und Antwerpen sein werden.

z. Haag, 13. 11. 25 000 Mann deutscher Truppen, die aus Belgien kamen, erreichten die holländische Grenze bei Alsenz und wollten den Durchmarsch mit Waffengewalt erzwingen. Durch Vermittlung der deutschen Generalität wurde ein Einbrechen der holländischen Truppen vermieden, und es wurde erreicht, daß der Durchmarsch nach Niederlegung der Waffen gestattet wurde.

Sachsens künftiger Kriegsminister

z. Wie die "Völkl." mitteilt, soll der unabkömmlinge Sozialdemokrat Heder, jetzt Vorsteher im Chemnitzer A. u. S. Rat, Sachsen's künftiger Kriegsminister werden.

Die ersten Maßnahmen der neuen preußischen Regierung
z. Berlin, 13. 11. Wie verlautet, beschließt die neue preußische Regierung, sobald sie endgültig konstituiert ist, das Abgeordnetenhaus für ausgelöst und das Herrenhaus für abgeschafft zu erklären. Die Güter der Krone sollen National-eigentum werden.

Die Entente verlangt Auslieferung des Kaisers

z. Amsterdam, 13. 11. Dem "Algemeinen Handelsblad" wird von seinem Londoner Korrespondenten telegraphiert, daß von vielen Seiten, auch von sehr gemäßigten, gegen den Autenthalt des Kaisers in Holland energisch protestiert wird. Man verlange allgemein seine Auslieferung an die Alliierten.

Der werdende baltische Staat

z. Königsberg (Br.), 12. 11. Aus Riga wird berichtet: Der Vereinigte Landesrat von Livland, Estland, Riga und Döbeln beschloß in der letzten Sitzung, gemeinsam mit dem kurfürstlichen Landesrat einen baltischen Regierungskonsort, bestehend aus acht Kandidaten und drei Kandidaten der Mitgliedern, und einen aus Vertretern aller Nationalitäten und Bevölkerungsgruppen der baltischen Lande bestehenden baltischen Landesausschuß von 26 Mitgliedern zu wählen.

Raubstörungen in Brüssel?

z. Haag, 13. 11. Wie Holl. Nieuws Bureau von der belgischen Grenze meldet, sollen in Brüssel Raubstörungen vorgenommen sein. Die Belgier haben Roste, in denen deutsche Zeugungen verlaufen wurden, zerstört. Auch wurde auf deutsche Soldaten geschossen. Die Deutschen beanspruchten das Feuer, wobei etwa 40 Personen getötet worden sein sollen.

Ein englisches Kriegsschiff gesunken

z. Berlin, 14. 11. Das englische Kriegsschiff "Audacious" ist gesunken. Reuter meldet aus London: Der Admiralstab gibt bekannt, daß das englische Kriegsschiff "Audacious" am 27. 10. nördlich der irischen Küste auf eine Mine gelaufen und gesunken ist.

Kleine Mitteilungen

z. Berga von Siedlungsland. Die Großgrundbesitzer von Königsberg in der Neumark veröffentlichten einen Aufruf, in dem sie als eine Ehrensicht bezeichnen, die Ansiedlung von Bauern, Handwerkern und freien Arbeitern durch freiwillige Hergabe von Land zu fördern. Sie fordern gleichzeitig ihre Berufsgenossen auf, sich der Rundgebung anzuschließen.

1. Thronenauflage König Ludwigs. König Ludwig I. von Bayern hat telegraphisch auf den Thron verzichtet.

z. Der Reichstagsabgeordnete Gretherr von Kamp ist an der Gruppe a. über.

1. Die Tschechen beschlagnahmen LebensmittelSendungen. Der tschechische Nationalausschuss verfügt, daß alle LebensmittelSendungen nach Deutsch-Böhmen, auch die Frachtlieferungen, durch das tschechische Gebiet beschlagnahmt werden.

Haus Heimat und Vaterland

Frankenberg, den 14. November 1918.

+ Zum Feldpoststand des Tageblattes. Durch die in diesen Spalten schon erwähnte Briefspalte nach dem Westen ist der von uns aus bewirkte Verband des Tageblattes fast vollständig unterbunden und es wurden uns selbst solche Sendungen zugeschickt, deren Empfänger wir als im Osten befindlich annehmen mußten. Wir werden für die nächsten Tage die Zeitungen zum Nachdenken an neuere Bestimmungsorte zurücklegen. Wir bitten die Angehörigen unserer "Feste im Felde", von der Jurisdicition ihrer Söhne und Brüder in militärische Garnisonen oder in die Heimat uns gef. sofort nach Empfang derartiger Nachrichten Mitteilung zu machen, damit wir unsere Verbandslisten ergänzen und die Nachsendungen des "Tageblattes" an neue Aufenthaltsorte bewirken können. Uns liegt selbst daran, daß alle Bezieher gewissenhaft bedient werden!

Geschäftsstelle des "Frankenberger Tageblattes".

+ Kaiser Karl in Sachsen. Wie in Dresden verlautet, ist gestern in Moritzburg als Gast des bisherigen Königs Friedrich August das bisherige österreichische Kaiserpaar eingetroffen.

+ Die Hände zu führen gilt es, mag die Sorge um den zulänglichen Weltkrieg noch so groß sein. Mit der Lebensmittelversorgung soll es besser werden, aber wir tun gut daran, weiter jeden Fled. Boden, der sich uns bietet, fürsorglich für den Bedarf des nächsten Jahres vorzubereiten. Dafür sind auch die Novemberberge nicht zu entbehren, denn jezt, wo wir noch frostfreie Tage haben, paßt es am besten, die Erde tüchtig umzugraben, sie in rauen Schollen liegen zu lassen, damit die Winterfeuchtigkeit richtig einzehen kann, und sie tüchtig zu dünnen. Diese Bearbeitung ist deshalb notwendig, weil die Wettergelehrten wieder mit einem trockenen Frühjahr rechnen, so daß wir schon auf Bodenfeuchtigkeit zum Gedanken der Pflanzen angewiesen sind. Sollte, was wir hoffen, diese Prophezeiung nicht eintreffen, so muß die Bodenvorbereitung jetzt später um so mehr. Also die Erde in rauen Schollen liegen lassen!

+ Anmeldung der metallverarbeitenden Handwerksbetriebe. Die Metallverarbeitenden haben eine Mitteilung des

Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtervertrages zufolge an die Tageszeitungen einen Aufruf gelandt, nach welchem alle Handwerksbetriebe, die Kupfer, Zinn, Aluminium, Zink, Blei und R. d. oder deren Legierungen zu fertigwaren verarbeiten, sich zwecks Beschaffung bei der späteren Metallverarbeitung unverzüglich bei ihrer Handwerksammer anzumelden haben. Die Gewerbeämter Chemnitz weiß auch bereits darauf hin und empfiehlt allen Handwerksbetrieben des Bezirks, die die oben genannten Metalle verarbeiten, zur Vermeldung von späteren Nachfragen, ob gleichzeitig unter genauer Angabe ihrer Firma (Vor- und Zusatzname, Handwerk, Straße, Hausnummer) bei der Gewerbeämter Chemnitz zu melden.

+ Reichliches Angebot an Kolonialwaren nach Friedensschluß. Die Handwerksammer Dresden hat sich in einem Gutachten dahin ausgesprochen, daß voraussichtlich nach Friedensschluß der Preise zum Rangheben eintreten werde. Auch die Beschaffung des Schiffraumes spielt bei den Kolonialwaren, namentlich bei Kacao (ca. 55 000 Tonnen im Jahre 1912) und bei Tee (gar nur 4100 T. im ganzen Jahre 1912) eine sehr untergeordnete Rolle, ganz abgesehen davon, daß von den zuländigen Stellen, den deutschen Reedereien, die Gefahr eines Tonnenangangs überhaupt bestritten werde.

+ M. 3. Warnung! Dem Stell. Generalkommando wird mitgeteilt, daß die Soldaten, mit einem ungültigen Ausweis des A. u. S. Rates versehen, in der Stadt Jagdwaffen eintragen. Sie geben vor, dazu vom A. u. S. Rat beauftragt zu sein. Das ist nicht der Fall. Der A. u. S. Rat hat keine derartige Maßnahme angeordnet. Das Publizum wird gebeten, Soldaten, die mit diesem Ausweis herantreten, durch den nächsten Schuhmann kennzeichnen zu lassen und die Abnahme des ungültigen Ausweises zu veranlassen. Sachdienliche Mitteilungen sind an die Polizeidirektion oder an das Stell. Generalkommando zu richten.

+ M. 3. Alle Betriebe, die aus Anlaß des Räumung des besetzten Gebietes oder der Demobilisierung Heeresgüter irgend welche Art zur Lagerung zugewiesen erhalten, haben sich wegen etwa notwendig werdenber Bewachung an das nächstgelegene Garnisonkommando zu wenden.

+ M. 3. Unterbringung verwundeter Soldaten. Zur Sicherstellung der Unterbringung im Rotspeziell eintretender, zahlreicher, verwundeter und frischer Heeresangehöriger, wird dem Sanitätsrat Dr. Burkhardt unter Mitwirkung des jeweiligen zuständigen Garnisonsrates vom Extravolonté des verhinderten revolutionären A. u. S. Rates hiermit Vollmacht erteilt. Selbster wird sich durch entsprechende Legitimation ausweisen.

Seinen Anordnungen auf Freigabe von Gebäuden, öffentlichen Anstalten usw. zu dem gedachten Zwecke ist unbedingt Folge zu halten.

+ M. 3. Im Ministerium des Innern fand gestern mittag

eine Besprechung wissenschaftlich geübter Beamter aus sämtlichen Verwaltungsgewerken statt, in der einheitlich beschlossen wurde,

z. Dresden. Um Dienstag hat sich hier ein Rat der Studenten gegründet, der durch die Beteiligung der Forstakademie Tharandt und der Bergakademie Freiberg erweitert werden soll. Der Rat der Studenten hat sich politisch nicht festgelegt, will aber an der Neuordnung der Dinge mitarbeiten.

+ Dresden. Ein aus Bürgerkreisen gewählter Ausschuss hat an den Reichsanzler Ebert und den Reichstagspräsidenten Gehrenbach nachstehendes Telegramm gesandt: „An den Reichsanzler Ebert, Berlin. Die Glauchauer Bürgerchaft richtet an den Herrn Reichsanzler die dringende Bitte, die Tagung des Reichstages altermannszeitens zu veranlassen. Die Glauchauer Einwohnerchaft ist der Meinung, daß allein durch den sofortigen Zusammentritt des Reichstages die Ruhe und Ordnung verbürgt wird. Der Bürgerausschuss, Rechtsanwalt Wolf.“

+ Gramma. Aus Anlaß ihres 25-jährigen Bestehens hielten die Papierfabrik Wiede & Söhne im Tiefen-Pauschow zu Gunsten ihrer Arbeiter 300 000 Mark. 20 Jubiläums wurden mit Ehrenlunden und Goldgeschenken ausgeteilt.

+ Hohenstein-E. Auf eigenartige Weise sein Leben dem Vaterland opfern mußte der hier wohnende Möbelhändler Vogel. Derselbe, seit Kriegsbeginn im Felde lebend, war von der Gruppe besessen und sollte nach einem Heimatausflug befreit werden. Auf der Fahrt entgleiste jedoch infolge Bombenwurfs der Zug, wobei Vogel verunglückte.

+ Olbernhau. Ein überalpender Hund wurde hier gemacht. Eine diele, etwa 80 Jahre alte Witwe, die in den hämmerschlächtlichen Verhältnissen von den ihr von mitleidigen Menschen gereichten Gaben lebte, mußte dieser Tage, da sie erkrankt war, ins Krankenhaus übergeführt werden. Bei der Herförderung ihres Bettes wurden ungefähr 8000 M. davon über 2000 M. in Gold gegeben.

+ Döbener. Von einem verheerenden Brande wurde Mittwoch früh die große chemische Bleicherei an der Chemnitzer Straße heimgesucht. Das große Lager, in dem sich Tausende von Zentnern Wolle und viele hundert Fas. Del befinden, ist niedergebrannt. Das brennende Del floh in den Hirschbach der Flöha zu. Das Mas

Aufruf der natiib. Reichstagsfraktion

Die in der Reichshauptstadt ansässigen Mitglieder der national-liberalen Fraktion des Reichstages erlassen folgenden Aufruf:

An die Parteifreunde in Deutschland!

Das deutsche Volk steht vor der Tatsache einer revolutionären innerpolitischen Umwälzung. Die Geschichte und die Überlieferung der national-liberalen Partei werden es nie erlauben können, von dem Wege verfassungs- und gesetzmäßiger Handlungen abzuweichen. Hierdurch ist für sie die Stellungnahme zu der Entstehung und Art der inneren Umwälzung, die wir durchleben, ohne weiteres gegeben.

Auch das deutsche Bürgertum wünscht eine grundlegende Neuordnung unserer verfassungsmäßigen Zustände. Es ist sein starker Wille, mit allen Kräften weiterhin an der Schaffung neuer, dauerhafter Grundlagen eines wirtschaftlich-demokratischen Staates mitzuwirken. Wahre Freiheit aber ist ohne volle Gleichberechtigung aller Glieder des Volkes undenkbar und bedarf zu ihrer Sicherung staatlicher Ordnung. An Stelle des Reichstages kann daher nur eine gleichfalls aus dem allgemeinen, gleichen, gebundenen und direkten Wahlrecht hervorgegangene konstituierende Nationalversammlung treten. Allein aus dieser Nationalversammlung kann der Wille der Nation sprechen. Ihm zu beugen, ist vaterländische Pflicht.

Wir fordern daher die Ausschreibung von Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung, wobei alle Wähler in der Lage sind, ihre staatsbürgliche Wahlpflicht zu erfüllen. Bis dahin muß es für alle, die sich zu unserer Partei beziehen, ein selbstverständliches Gebot sein, auf ihren Posten zu verharren und alles daranzusehen, weitere schwere Schäden von unserem Vaterland fernzuhalten. Der Krieg mit seinem traurigen Ausgang hat dem deutschen Volk eine ungeheure Last auferlegt, deren Zusammenbruch nur durch eine geordnete Überleitung des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens in den Frieden verhindert werden kann. Den national-liberalen in Stadt und Land ist daher der Weg vorgeordnet. Insbesondere verlangen es die gegenwärtige Verhältnisse, daß alle zu unserer Partei gehörenden Beamten zu Landwirte der provisorischen Regierung mit allen Kräften bei ihren Bemühungen beitreten, den geordneten Gang der staatlichen Geschäfte aufrechtzuerhalten und die Ernährung der Bevölkerung zu sichern.

Die provvisorische Regierung aber durfte ihre Aufgabe nur in einem engen Zusammenhang mit dem deutschen Reichstag erfüllen können, dessen Mitglieder bis zur Wahl der Nationalversammlung die von dem deutschen Volk frei gewählte und geordnete Vertretung bleibt. Nur eine ordnungsgemäß gewählte Vertretung des ganzen Volkes kann den Frieden in österreichisch unantastbarer Weise verbürgen und damit die Voraussetzungen für Deutschlands Zukunft als gleichberechtigtes Mitglied des Völkerbundes schaffen.

Wir aber gebeten auch in dieser schweren Zeit der großen Vergangenheit unserer Partei, deren Ziel nur ein einiges, alle deutschen Landesteile umfassendes Vaterland und die Freiheit aller Deutschen gewesen ist und bleiben wird.

Züberl. Hofarbeiter
gesucht.
Hofschleiferrei Gunnendorf.

Ein Mädchen
für den Schuhmädchen- und
Kaufmanns- und
Fritz Georgi.

**Eidöne, sonnige
Halbtage**
bis 300 M. zu miet. g. off. u.
8 730 in d. Geschäftsst. bis. M. erh.

Für 1. April 1919
Wohnung

von 120—150 M., mögl. Reinhaus,
von ruhig, d. Deuton ges. off. u.
L 729 in d. Geschäftsst. bis. M. erh.

Ich suche eine
mittlere Gemüthwohnung
zu mieten.
Walter Schickler, Körnerstr. 16, L.

Kaufmann sucht für Hof. ob. 1. Deg.
1-2 bez. mödl. Zimmer.
Ang. u. E 781 an d. Betriebs Tagebl.
kleiner Keller zu mieten gesucht
Roth, Freiburg 41.

Taschenbatterien sind frisch eingetroffen; ferner empfiehlt eine große Auswahl in Taschenlampen, sowie alte Größen elektrische Glühen und Gasströmpe. Emailletöpfe, Eisen-Möhre und -Nale in allen Größen und Weiten u. versch. mehr am Lager.

Georg Barthel, Schloßstraße.

Die Mitt. d. Beamten-Vereins
und des M-A-V. werden g. b.
Herrn Karl Georg Breul
recht zahlreich das letzte Geleit zu
geben. Sammeln Sonnabend nach
1/3 Uhr am Treuerhaus, Moltkestr.
P. Klingohr, Vorst.

El. Bauer Kl. 1000
bisch 2 empfiehlt:
Stein'sche Birnenbau
Beburwurst in Dosen
Schweinefleischsätze in Dosen
Beburwurstwaren
Sattoria
Walnüsse
Rauhinswurst
Schlachtwurst
Salamiswurst
Robbenfleisch
Gericke'sche
Brotwurst
n. v. m.

Einen großen Posten
Pa. Weisskraut
(beide Gelegenheit zum Einschneiden)
empfiehlt zu billigen Preisen
H. Glaser, Moltkestr. 1.

Welskraut, M. 15 M.
Kohlräben, M. 8 M.
Strunkkohlräben, M. 14 M.
Rote Rüben
Sellerie
Zwiebeln
empfiehlt El. Bauer, Klingohr 2.

Wagenfett
Lederfett
Maschinöl
Separatoröl
empfiehlt
H. Krause, Seilergeschäft.
Einlegelöffse, Kochlöffse,
auch feuerfest. Gastösse empfiehlt
Topfhalle, Gartenstr.

Welt-Theater

Freiberger Straße 55.

Hur 1 Tag!

Heute Freitag

Hur 1 Tag

4. Film der Deutschen Kolonial-Gesellschaft

: : Der letzte Augenblick : :

Ein Schauspiel in 4 Abteilungen. Hauptdarsteller: Bruno Zinner u. Ursula Stein.

: : Vierzehn Tage Urlaub : :

Ein Lustspiel in 3 Abteil. v. Alvin Angerheim. Hauptdarsteller: Lis Ley, Fritz Junkermann.

hochachtend H. Schmidt.

Am Freitag Anfang von 5 Uhr ab.

Einladung an die Landwirte

Sonntag, den 17. November
Ballhaus Stadtpark.

Ballhaus im 5. Stock von Charlotte Birch-Beffort.

Vorle. 10 M. — Tel. 10 M.

Eintritt 1/2 Uhr. — Anfang 8 Uhr.

Billets im Vorverkauf: 1. Kl. 1 M., 2. Kl. 75 Pf., Galerie 50 Pf.
find in der Mohrsbergischen Papierhandlung, Schumanns Schreibladen-
geschäft u. im Theaterlokal zu haben. In der Abendstube 10 Pf. höher.

Nachmittags 4 Uhr:

Große Märchen-Vorstellung: Klein Glöckchen Traum
vom Glück.

Wundermärchen. — Eintritt 25 Pf.

Um gütigen Auftritt bitten die Direktion.

Windelwoche 1918.

Nächste Verkaufstage:
Montag und Dienstag, den 18. u. 19. Novbr.,
je vormittags 9—12 Uhr.

Heute morgen verschied nach nur zweitägiger schwerer Krankheit mein lieber, guter Mann, Schwager und Onkel

Ernst Gustav Gruner
im 67. Lebensjahr.

In tiefem Schmerze

Mario Gruner geb. Eckhardt

nebst allen Angehörigen.

Gunnersdorf, den 14. November 1918.

Die Beerdigung unseres lieben Entschlafenen erfolgt
Sonntag vormittags 1/11 Uhr von der Behausung,
Gunnersdorf 17b, aus.

Dank.

Allen den lieben Freunden, Nachbarn und Bekannten,
welche uns Beweise der Liebe und Teilnahme beim Tode
und Begräbnis unseres lieben Sohnes

Karl Richter

entgegen brachten, sagen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank.

Familie Friedrich Richter

nebst allen Angehörigen.

Mühlbach, den 14. November 1918.

Nachruf.

Am 8 November starb im Reserve-Lazarett
Frankenberg unser Turnratsmitglied, der Soldat
und Geschäftsvorstand

Otto Max Heitschel.

In ihm verlieren wir einen lieben, treuen Turn-
genossen, dessen Andenken wir jederzeit in Ehren
halten werden.

Turnverein Freies Turnerschaft, Frankenberg.

Herzlichen Dank.

Zurückgekehrt vom Grab meines viel zu früh dahingegangenen
innig geliebten Gatten und Vaters, unseres lieben Sohnes, Schwieger-
sohnes, Bruders und Schwagers, des Soldaten und Geschäftsvorstandes

Otto Max Heitschel

drängt es uns, allen für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme
herzlichst zu danken. Ferner herzlichen Dank für die reichen Blumen-
spenden und Beileidsbezeugungen.

Dir aber, lieber Gatte und Vater, rufen wir ein „Ruhe sanft“
und „Habe Dank“ in Deine kühle Gruft nach.

Frankenberg, im November 1918.

Die tiefrauernde Gattin

Martha Heitschel geb. Wagner

nebst Söhnen

und übrigen Angehörigen.